

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 33. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2000-2004)

Sitzungsdatum: 29. Oktober 2003
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Jean-Jacques Winter, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Ruth Greiner, Präsidentin
Dr. Anton Lauber, Vizepräsident
Dr. Leo Zehnder
Roman Meury
Bea Fuchs
Paul Schüpbach
Nicole Nüssli

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste:

Entschuldigt: Karl Frei
Peter Hauser
Kurt Kneier
Nicolas Meier
Beat Meyer
Jan Oppliger
Robert Richner
Lucius Cueni (nach der Pause)
Felix Keller (nach der Pause)

Abwesend:

Bereinigte Traktandenliste

1. Dringliche Interpellation, Stevie Brügger, CVP, betreffend sofortiger Rücktritt der Sekundarschulratspräsidentin Geschäft 3464
2. Dringliches Postulat, Verena Meschberger/Christoph Morat, SP-Fraktion, betr. Teilnahme von Allschwil als Pilotgemeinde an IMPULS 21 Geschäft 3465

- | | |
|---|-------------------|
| 3. Bericht des Gemeinderates betreffend Wahl einer Stimmzählerin / eines Stimmzählers in das Büro des Einwohnerrates anstelle des zurückgetretenen Mark Aellen, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30. Juni 2004) | Geschäft 3459 |
| 4. Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Kenntnisnahme von der überarbeiteten Finanzplanung der Einwohnerkasse über die Jahre 2004-2008 | Geschäft 3384A/B |
| 5. Geschäftsbericht (Amtsbericht) des Gemeinderates pro 2002 und dazugehöriger Bericht der Geschäftsprüfungskommission | Geschäft 3422 / A |
| 6. Berichte des Gemeinderates und der Verkehrs- und Planungskommission betreffend Genehmigung der Quartierplanung ‚Rankacker 2001‘, bestehend aus Quartierplan und Quartierplanreglement, 1. Lesung | Geschäft 3413 / A |

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Der Protokollführer

.....

Einwohnerratsprotokoll Nr. 33 vom 29. Oktober 2003

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Jean-Jacques Winter

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Der Vorsitzende Jean-Jacques Winter begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung. Er hat folgende Mitteilungen für den Einwohnerrat:

Mitteilung 1:

Seit dem 01. Oktober 2003 betreut Herr Andreas Weis das Büro des Einwohnerrates.

Mitteilung 2:

Es liegen zwei dringliche Vorstösse vor, eine Interpellation von Stevie Brügger, CVP, und ein Postulat von Verena Meschberger/Christoph Morat, SP-Fraktion.

Präsident **Jean-Jacques Winter** erklärt für die neu hinzugekommenen Einwohnerräte kurz das Vorgehen bei dringlichen Vorstössen. Daraufhin erteilt er dem Interpellanten das Wort.

Stevie Brügger, CVP-Fraktion, erklärt, dass er in der vorangegangenen Woche von Frau Alexandra Fricker schriftlich über ihren Rücktritt als Schulratspräsidentin informiert wurde. Er habe darauf hin vergeblich versucht, Frau Fricker von ihrem Vorhaben abzubringen. Offensichtlich bestehen grosse Probleme im Schulrat. Im Brief von Frau Fricker werden schwerwiegende Vorwürfe erhoben, z.Bsp. Kompetenzüberschreitung, Mobbing, etc. Ein Rücktritt kurz vor Ende der Amtsperiode wirft das Problem für die Parteien auf, für die verbleibenden paar Monate jemanden zu finden, vor allem wenn die genauen Umstände oder Vorgänge die zum Rücktritt geführt haben, nicht bekannt sind. Zu den Details wie Mobbing und Intrigen kann er allerdings auch nicht mehr mitteilen. Vier Personen wollten ursprünglich zurücktreten. Der Einwohnerrat hat ein Recht, zu wissen, was vorgefallen ist. Dringlich ist der Vorstoss, damit der Schulrat schnellstmöglich wieder funktionstüchtig und voll besetzt ist. Ohne Kenntnis über die Vorfälle sind wohl kaum neue Kandidatinnen und Kandidaten zu finden.

Jean-Jacques Winter gibt bekannt, dass der Gemeinderat seine Bereitschaft angezeigt hat, die Interpellation direkt zu beantworten.

://:

Gestützt auf den Antrag von Stevie Brügger wird die Interpellation betr. Rücktritt der Sekundarschulratspräsidentin, Geschäft 3464, einstimmig für dringlich erklärt.

Verena Meschberger, SP-Fraktion, erläutert die Dringlichkeit des Postulates. Das Projekt „IMPULS 21“ als Förderprogramm sucht Pilotgemeinden, welche kostenlos daran teilnehmen können. Die Anmeldefrist hierzu läuft am 07. November 2003 ab. Die Teilnahme am Projekt ist positiv, sofern das Kosten/Nutzen-Verhältnis stimmt. Dringlichkeit bezieht sich auf die kurze verbleibende Anmeldefrist.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, ist über den Inhalt des Projektes nicht genügend informiert. Er möchte gerne wissen, auf was sich das Thema „Nachhaltigkeit“ des Projektes bezieht. Er erwartet weitere Auskünfte.

Verena Meschberger, SP-Fraktion, erläutert den modulartigen Aufbau des Projektes. Im Internet gibt es weitere Informationen dazu. Ausserdem seien diverse Kader-Mitarbeiter der Verwaltung an einer Informationsveranstaltung gewesen. Sie möchte aber durch die Verwaltung genau abgeklärt haben, ob wirklich ein Nutzen für Allschwil darin zu sehen sei. Nachhaltigkeit in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Energie gehe schliesslich jeden etwas an.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, sieht die Dringlichkeit des Postulates als nicht gegeben. Es gehe um Nachhaltigkeit Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft. Hier kann der Gemeinderat doch

in eigener Kompetenz selber entscheiden, ob er an einem solchem Projekt teilnehmen will. Weder die Dringlichkeit noch die Notwendigkeit eines Postulates als solches ist hier gegeben.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, hält das Postulat für sinnvoll. Der Gemeinderat soll das Angebot des Kantons prüfen. Bestreben um nachhaltige Entwicklung soll unterstützt werden.

Vorsitzender **Jean-Jacques Winter**, teilt mit, dass der Gemeinderat sich bereit erklärt hat, das Postulat entgegenzunehmen.

://:

Gestützt auf den Antrag von Verena Meschberger/Christoph Morat, SP-Fraktion, wird das Postulat betreffend Projekt „IMPULS 21“, Geschäft 3465, mit 28 : 4 Stimmen für dringlich erklärt.

Traktandenliste

Anträge des Büro des Einwohnerrates: Als neues Traktandum 1 sei die dringliche Interpellation, Geschäft 3464, und als neues Traktandum 2 das dringliche Postulat, Geschäft 3465, zu behandeln.

://:

1. Den Anträgen des Büros des Einwohnerrates zur Bereinigung der Traktandenliste wird einstimmig stattgegeben.
2. Die Traktandenliste wird gemäss vorstehenden Beschlüssen bereinigt.

Neue parlamentarische Vorstösse

347 01.030 Einwohnerrat

1. Dringliche Interpellation, Stevie Brügger, CVP, betreffend Rücktritt der Sekundarschulratspräsidentin, Geschäft 3464

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** gibt zur Interpellation Auskunft: Der Gemeinderat bedauert ausdrücklich die Entwicklung im Schulrat der Sekundarschule. Sie teilt dem Plenum mit, dass der Gemeinderat nicht Aufsichtsbehörde über den Schulrat ist. In der Gemeinde bestehen 5 hierarchisch gleichgestellte Behörden: die Sozialhilfebehörde, die Vormundschaftsbehörde, die zwei Schulratsbehörden und der Gemeinderat. Aufsichtsorgan über alle 5 Behörden ist der Kanton. Der Gemeinderat kann daher nicht im Sinne einer Aufsichtsbehörde Stellung nehmen, ausserdem ist er auch nicht ausreichend informiert. Der Gemeinderat wurde erst im Laufe der letzten Woche über diese Entwicklung informiert. Daraufhin wurde sie vom Gemeinderat in ihrer Funktion als Gemeinderatspräsidentin beauftragt, ein vermittelndes Gespräch mit der Schulratspräsidentin zu suchen. Allerdings hat die Präsidentin ihr im Gespräch mitgeteilt, dass sie bereits demissioniert habe. Sie betont nochmals, dass es nicht Sache des Gemeinderates ist, über die erhobenen Vorwürfe zu urteilen, respektive über Schuld oder Nichtschuld der beteiligten Personen zu befinden.

Die Aufgabe des in den Schulrat delegierten Gemeinderatsmitglieds ist eine Bundefunktion zwischen den beiden Behörden. Ab neuer Amtsperiode wird kein Gemeinderatsmitglied mehr im Schulrat sein, auch das ist ein Zeichen dafür, dass die Zuständigkeit eindeutig nicht bei der Gemeinde sondern beim Kanton liegt. Die in der Interpellation gestellte Frage, ob noch andere Fälle von Mobbing in der Gemeindeverwaltung bekannt sind, verneint sie. Die Frage nach dem Sinn einer PUK beantwortet sie dahin, dass nicht der Gemeinderat sondern allenfalls der Kanton als zuständige Aufsichtsbehörde eine solche einsetzen könnte. Der Gemeinderat ist

darüber informiert worden, dass der Schulrat am vergangenen Montag in einer beschlussfähigen Zusammensetzung ein neues Präsidium konstituiert habe, dies auf der Grundlage einer juristischen Begleitung durch das Departement Bildung, Kultur und Sport des Kantons Basel-Landschaft.

://:

Die Diskussion zur Interpellation wird mit 22:8 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen eröffnet.

Stevie Brügger, CVP-Fraktion, fragt, ob der Gemeinderat im Interesse der Öffentlichkeit den Kanton beauftragen kann, die Situation abzuklären. Immerhin sind es vier Personen, die sich den Rücktritt überlegt haben, zwei davon konnte er vom Verbleib im Schulrat überzeugen. Die Präsidentin und der Vizepräsident waren jedoch nicht mehr zur Umkehr zu bewegen. Konkret: Was macht der Gemeinderat nun?

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** teilt mit, dass der Fall mittlerweile beim Kanton liegt. Es wird sich dort um eine Klärung bemüht.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, weist daraufhin, dass gemäss Gemeindeordnung ein Gemeinderatsmitglied, nicht zwingend die Departementsvorsteherin oder der Departementsvorsteher, im Schulrat Einsitz zu nehmen hat. Der Einwohnerrat hat nach seinen Erkenntnissen Anspruch auf Auskunft über die Tätigkeit des Gemeinderatsmitglieds in der Behörde. Er fragt sich, warum der Gemeinderat über die Vorkommnisse nicht Auskunft geben will, obwohl die entsprechenden Briefe und Mitteilungen mittlerweile öffentlich geworden sind. Er findet, dass der Gemeinderat vermehrt als Vermittler hätte auftreten müssen. Offensichtlich ist die Vertreterin des Gemeinderates weniger als Sachpolitikerin sondern eher als Parteipolitikerin aufgetreten. Nach seiner Ansicht hat die Delegierte des Gemeinderates mit ihrem Wissens- und Erfahrungsvorsprung dafür zu sorgen, dass der Geschäftsbetrieb des Schulrates und der Sekundarschule insgesamt in geordneten Bahnen abläuft. Heute habe er ein E-Mail bekommen, adressiert an die Schulräte, zur Kenntnis an die Schulleitungsmitglieder der Sekundarschule, an den Präsident der CVP und ihn selbst. Darin wird von zwei Mitgliedern über das Verhalten der Gemeinderatsvertreterin berichtet. Sie, die Gemeinderatsvertreterin, habe einerseits ein Traktandum mit beantragter Anwesenheit der Schulleitungsmitglieder abgesetzt, andererseits habe sie sich selbst zu einer Schulleitungssitzung eingeladen. Über solches Verhalten hat der Gemeinderat nach seiner Ansicht sehr wohl im Einwohnerrat Auskunft zu erteilen.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, möchte wissen, wer nach der Neukonstituierung nun Präsident und wer Vizepräsident des Schulrates ist.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, bemängelt den Stil der Interpellation. Es ist bedenklich zu diesem Zeitpunkt konkrete Personen zu benennen und zu beschuldigen. Er warnt vor einer Vorverurteilung.

Bea Fuchs, Gemeinderätin, hält fest, dass sie sich bisher jedes Mal vom Amtsgeheimnis hat entbinden lassen, um zum Beispiel Rechtsabklärungen mit dem internen Rechtsdienst zu treffen oder um Auskünfte im Gemeinderat zu geben. Sie wurde bisher nicht durch den Schulrat vom Amtsgeheimnis befreit. Daher kann sie zu den Vorwürfen nicht Stellung nehmen.

Stevie Brügger, CVP-Fraktion, entgegnet, dass in der Interpellation niemand konkret beschuldigt worden sei. Genaue Informationen sind zur Zeit auch nicht seitens der betroffenen Schulräte zu bekommen. Gemeinderätin Bea Fuchs hätte jetzt die Möglichkeit ihre Sicht der Dinge darzulegen, statt dessen versteckt sie sich jetzt hinter dem Amtsgeheimnis und der Abstimmungsmehrheit von 7 zu 2 Stimmen im Schulrat.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, stimmt Stevie Brügger zu. Die momentane Mehrheit von 7 zu 2 stärkt die Position von Bea Fuchs im Schulrat.

Christoph Morat, SP-Fraktion, stellt fest, dass offensichtlich alles in die richtigen Bahnen gelenkt wurde. Der Einwohnerrat muss nun zuschauen, auch wenn das Interesse an einer schnellen Klärung gross ist. Der Einwohnerrat ist nicht das zuständige Gremium. Eine weitere Diskussion erscheint daher als überflüssig. Er beantragt Abbruch der Diskussion und Traktandenwechsel.

Ruth Greiner gibt vor der Abstimmung noch Antwort auf die Frage von Dr. Guido Beretta über die Zusammensetzung des Schulratspräsidiums: Elisabeth Bammatter ist Präsidentin, Mark Aellen ist Vizepräsident.

Verena Meschberger, SP-Fraktion, ist der Meinung, dass der Schulrat ein nach dem Proporzwahlverfahren zusammengesetztes Gremium ist. Daher möchte sie wissen, wer die nachrückenden Personen für die ausgeschiedenen Schulräte sind.

Jean-Jacques Winter lässt die Anfrage nach der Pause beantworten.

Es wird über den Ordnungsantrag von Christoph Morat, SP-Fraktion, betreffend Abbruch der Diskussion abgestimmt.

://

Mit 20:12 Stimmen wird der Ordnungsantrag abgelehnt.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betont dass es in jedem Gremium üblich ist, die Präsidien unter den Parteien über Kreuz zu verteilen. Im neu gewählten Präsidium des Schulrates ist es aber so, dass die Schulratspräsidentin von der SP kommt und Mark Aellen als parteiloser auch der SP nahe steht. Dies laufe letztlich doch auf Parteipolitik hinaus.

Gemeinderätin **Bea Fuchs** erklärt, dass das Wahlverfahren korrekt durchgeführt wurde. Die Wahl wurde unter Ausschluss der Schulleitung durchgeführt, es existierte ein kleines Wahlbüro, die Wahlen wurden geheim durchgeführt, die Stimmen ausgezählt und das Ergebnis bekannt gegeben. Es gab Anträge seitens der SP, keine seitens der anderen vertretenen Parteien. Die vorgeschlagenen Personen wurden gewählt. Im Übrigen sind keineswegs 7 SP-Vertreter im Schulrat.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, ist der Meinung, dass sehr wohl parteipolitische Interessen in diesen Gremien vertreten werden, es sind halt auch gewählte Parteivertreter. Es spielt dabei keine Rolle, wer nun gerade aufgrund der politischen Mehrheit die Präsidien inne habe. Auch die z.Zt. weniger starken Parteien müssen dies akzeptieren.

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, ist der Ansicht, dass die jetzige Situation im Schulrat so nicht akzeptiert werden kann. Eine Behörde die vom Wahlergebnis her eigentlich bürgerlich ist, kann doch jetzt nicht einfach mit einer 7:4 Mehrheit links sein. Er stellt in Frage, ob es überhaupt sinnvoll ist, dass der Departementsvorsteher Einsitz in den Schulrat nimmt oder ob es nicht auch eine andere Person sein könnte. Damit könnte wieder etwas Ruhe einkehren. Im Übrigen ist er befremdet über das Vorgehen betreffend Demissionierung Alexandra Fricker und Einladung zu einer Sitzung durch Bea Fuchs. Er zeigt sich erstaunt darüber, dass die Parteien nicht ordentlich informiert worden seien.

Gemeinderätin **Bea Fuchs** verteidigt ihr Vorgehen. Die neun anwesenden Schulräte haben einer Änderung der Traktandenliste zugestimmt, so dass die Wahl innerhalb der ordentlichen Sitzung stattgefunden hat. Offiziell wusste man vor der Sitzung von der bevorstehenden Neukonstituierung demnach also nichts.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, zitiert einen Auszug aus der Interpellation und fragt den Gemeinderat, wann er gedenkt, den Einwohnerrat über die Tätigkeit der Delegierten des Gemeinderates im Schulrat zu informieren. Dieses Recht habe der Einwohnerrat.

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, weist nochmals darauf hin, dass der Kanton als Aufsichtsinstanz die Vorgänge zu klären hat. Es ist nicht Aufgabe des Gemeinderates.

Jürg Gass, SP-Fraktion, unterstützt den Vorschlag von Guido Beretta, den Gemeinderat zu einem Bericht über die Tätigkeit der Gemeinderätin im Schulrat anzuhalten.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, bestärkt nochmals sein Anliegen an den Gemeinderat, über die Tätigkeit der Delegierten des Gemeinderates im Schulrat Auskunft zu geben. Dies aus der Sicht der Gesamtbehörde, nicht als Aufsichtsinstanz.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, ist abschliessend der Meinung, dass es nicht nur an der Präsidiumsfunction als solcher liegt oder an der Vertretungsstärke der Parteien im Gremium sondern vor allem daran, ob der oder die entsprechende Vorsitzende in der Lage ist, dieses Präsidium auch zu führen und von den anderen Mitgliedern des Gremiums unterstützt wird.

://:

Die dringliche Interpellation von Stevie Brügger, CVP, (Geschäft 3464) betreffend Rücktritt der Sekundarschulratspräsidentin und des Vizepräsidenten wird vom Gemeinderat beantwortet und als erledigt abgeschrieben.

348 01.030 Einwohnerrat

2. Dringliches Postulat Verena Meschberger/Christoph Morat, SP-Fraktion, betreffend Teilnahme am Projekt „IMPULS 21“ ,Geschäft 3465

Verena Meschberger, SP-Fraktion, verzichtet auf die Eröffnung einer Diskussion.

Gemeinderat **Paul Schüpbach** erinnert daran, dass die Agenda 21 bereits vor 11 Jahren von 187 Staaten aufgestellt und unterzeichnet wurde. Der Gemeinderat ist bestens im Bild über den Inhalt und die Zielsetzung des Projektes. Er informiert über die Zielsetzung des Impulsprojektes. Er erklärt, dass der Kanton bei den fünf ausgewählten Gemeinden die Kosten für die Nachhaltigkeitsanalyse in den entsprechenden Bereichen übernimmt. Die Anmeldung hat keine finanzielle Konsequenzen für die Gemeinde. Sollte die Gemeinde nicht als Pilotgemeinde ausgewählt werden, so kann jederzeit vom Projekt Abstand genommen werden. Der Gemeinderat hat bereits in eigener Kompetenz die Anmeldung vorgenommen. Daher empfiehlt er dem Plenum, dass der Gemeinderat das Postulat entgegennimmt und gleichzeitig als erfüllt abschreibt.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, fragt, ob die Verwaltung denn nicht ausgelastet sei, dass sie noch Zeit für ein solches Projekt aufwenden kann.

Paul Schüpbach antwortet darauf, dass die meisten Themen die zum Abschluss der Studie verglichen werden sollen, bereits Teil des Budgetprozesses sind und ein grosser Teil der Arbeit schon gemacht wurde. Ausserdem ist nicht nur Arbeit der Verwaltung, auch die Entscheidorgane, wie Gemeinderat und Einwohnerrat sowie die einzelnen Kommissionen sind gefordert. Entsprechende Unterlagen werden zur Verfügung gestellt. Die Vorarbeiten sind schon sehr weit vorangeschritten. Der übliche Geschäftsgang wird also in keiner Weise beeinflusst.

://:

Das dringliche Postulat von Verena Meschberger/Christoph Morat, SP-Fraktion, betreffend Teilnahme am Projekt „IMPULS 21“ ,Geschäft 3465, wird einstimmig an den Gemeinderat überwiesen und als erledigt abgeschrieben.

349	01.030 01.031	Einwohnerrat Büro Einwohnerrat
-----	------------------	-----------------------------------

3. Bericht des Gemeinderates betreffend Wahl einer Stimmzählerin / eines Stimmzählers in das Büro des Einwohnerrates anstelle des zurückgetretenen Mark Aellen, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30. Juni 2004), Geschäft 3459

Seitens der SP-Fraktion liegt folgende Nomination vor:

Armin Bieri

Weitere Vorschläge werden nicht eingereicht.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird als neuer Stimmzähler an Stelle des zurückgetretenen Mark Aellen, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30. Juni 2004) gewählt:

Armin Bieri

Mitteilung an:

Armin Bieri, SP-Fraktion, (als Wahlanzeige)
Peter Greiner, Präsidium SP Allschwil
Sekretariat Einwohnerrat

350	01.032.002 01.040	Finanz- und Rechnungsprüfungskommission Gemeinderat
-----	----------------------	--

4. Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Kenntnisnahme von der überarbeiteten Finanzplanung der Einwohnerkasse über die Jahre 2004-2008, Geschäft 3384A / B

Verena Meschberger, SP-Fraktion, Präsidentin der FiReKo, ist der Ansicht, dass sich die Überarbeitung der Finanzplanung aufgrund der zahlreichen Änderungen in letzter Zeit gelohnt hat. Auch die Diskussion über das Projekt „Wegmatten“ hat auf die Finanzplanung Auswirkungen. Aufgrund verschiedener positiver Änderungen im Finanzplan kann gesagt werden, dass das Projekt „Wegmatten“ zu verantworten ist. Der Finanzplan ist eigentlich recht positiv. Die FiReKo hält daran fest, dass die angestrebten Investitionen nur auf die notwendigen Projekte beschränkt bleiben sollen. Die FiReKo kann bestätigen, dass die notwendigen Investitionen für einen Veranstaltungssaal verantwortbar sind. Sie erinnert nochmals daran, dass die im Frühjahr eingeleiteten, beschlossenen Sparmassnahmen konsequent weitergeführt werden müssen. Ein ausgeglichener Haushalt allein genügt noch nicht. Die Verschuldung muss ebenfalls reduziert werden. Erst dann kann über eine Senkung der Steuern diskutiert werden. Eine Vollkostenrechnung lässt vergleichbare Ergebnisse zu. In einer solchen Statistik nimmt die Gemeinde Allschwil unter den baselbieter Gemeinden Platz 8 ein. Die Finanzdebatte kann nicht nur auf die Steuerdiskussion beschränkt werden. Auch die Kostenüberwachung der Verwaltungsleistungen muss im Auge behalten werden. In diesem Sinne beantragt sie namens der FiReKo dass der überarbeitete Finanzplan wie vom Gemeinderat vorgestellt, ohne lange Diskussion zur Kenntnis zu nehmen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, kann dem Finanzplan, entgegen der Meinung der FiReKo, kein ausgewogenes Investitionsprogramm entnehmen. Er bemängelt weiter, dass der Finanzplan keine Aussicht auf eine Steuersenkung bietet. Er mahnt an einen haushälterischen Umgang mit den Steuergeldern. Die SD-Fraktion nimmt daher den Finanzplan mit grossen Bedenken zur Kenntnis.

Stevie Brügger, CVP-Fraktion, empfiehlt den Bericht ohne weitere Anmerkungen zur Annahme.

Verena Meschberger, SP-Fraktion, hält eine Diskussion über die Ausgabenpolitik der Gemeinde anlässlich der Beratung des Finanzplanes für nicht angebracht.

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, bemerkt dass der überarbeitete Finanzplan viel besser aussieht als die vorangegangene Version. Das erste Ziel, Erreichen eines ausgeglichenes Haushalts, zeichnet sich langsam ab, die weiteren, wie Senkung der Schuldenlast und Annäherung des Steuerfusses an das Niveau anderer Gemeinden, sind jedoch vorerst immer noch nicht erfüllt und müssen weiterhin angestrebt werden. Die FDP-Fraktion ist in diesem Sinne für Eintreten.

Christoph Morat, SP-Fraktion, dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Arbeit. Er mahnt daran, dass die Investitionsfreudigkeit der Gemeinde verstärkt werden sollte, um eine der wohnlichsten Gemeinden im unteren Baselbiet zu werden.

Peter Humbel, SP-Fraktion, stellt an Gemeinderat Dr. Leo Zehnder die Frage, ob der zukünftige Sanierungsbedarf - gemäss Auskunft der Abteilung Hochbau/Raumplanung vom 12. Mai 2003 - von jährlich 5 Millionen Franken für die Jahre 2006 - 2018 für die Sanierung aller Schulhäuser berücksichtigt wurde. Im Geschäftsbericht 2002 ist lediglich eine Position von 2 Millionen Franken für die Sanierung des Schulhauses Bettenacker im Jahr 2006 aufgeführt. Im Finanzplan sind die jährlichen 5 Millionen ebenfalls nicht enthalten. Wurde der zukünftige jährliche Investitionsbedarf von 5 Millionen Franken im überarbeiteten Finanzplan berücksichtigt?

Gemeinderat **Dr. Leo Zehnder** ist der Ansicht, dass die eingeleiteten Massnahmen zur Sanierung der Finanzlage, sowie die Auswirkungen des Bildungsgesetzes und des Finanzgesetzes greifen und Anlass zu Optimismus geben. Die Finanzlage dürfte sich nach seiner Meinung in den nächsten Jahren etwas entspannen. Er antwortet Peter Humbel, dass für die Jahre 2006 und 2007 tatsächlich für das Schulhaus Bettenacker 5 Millionen Franken für Sanierungen eingesetzt wurden. Ganz allgemein ist die Gemeinde bestrebt, die Liegenschaften im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten bestmöglich zu unterhalten. Er warnt jedoch davor, innerhalb des Finanzplanes Investitionsgelder für gewisse konkrete Objekte einzusetzen. Er geht davon aus, dass ganz allgemein genügende Mittel im Investitionsbereich eingesetzt werden, um in diesem Sektor voran zu kommen. Trotz einer Investitionssumme von 35 Millionen Franken bis ins Jahr 2008 konnte ein ausgeglichener Finanzplan präsentiert werden. Der Forderung einer starken Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand in Zeiten der Rezession wurde nachgekommen. Im Jahr 2004 wird brutto 15 Millionen investiert und die Nettoinvestitionssumme wird 9 Millionen betragen. Er geht weiter davon aus, dass die vom Gemeinderat eingeführte Schuldenbremse wirksam sein wird. Die Verschuldung wird dem gesetzten Ziel entsprechen, nämlich betragsmässig einen Jahresumsatz nicht zu überschreiten. Es kann auch eine Kapitalbildung erreicht werden, bis ins Jahr 2008 6,3 Millionen Franken. Im Jahr 2006 und im Jahr 2008 wird ein Selbstfinanzierungsgrad von 100% erreicht. Auf diese Leistungen können sowohl der Einwohnerrat als auch der Gemeinderat stolz sein. Im Budget 2004 ist ein Minus von 349'000 Franken budgetiert. Durch vorsichtiges Verhalten von Gemeinde- und Einwohnerrat könnte auch eine positives Rechnungsergebnis erreicht werden.

://:

Das Eintreten auf das Geschäft 3384 A/B wird einstimmig beschlossen.

PAUSE

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, bittet die Ratsmitglieder, in Anbetracht der Tatsache, dass schon demnächst der neue Finanzplan vorgelegt wird, nur noch aktuelle Fragen zum hier vorgelegten Finanzplan zu stellen. Das Geschäft könnte dann, da schon bald überholt, abgeschlossen werden.

Peter Humbel, SP-Fraktion, will seine Frage zur Investitionstätigkeit nicht als Kritik verstanden wissen. Er habe sich allein auf Daten und Fakten gestützt, dies werde auch im Zusammenhang mit dem Amtsbericht zu diskutieren sein.

://:

Von den Berichten des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission zum überarbeiteten Finanzplan für die Jahre 2004 bis 2008, Geschäft 3384 A/B wird einstimmig Kenntnis genommen.

INFOFENSTER: keine Mitteilungen

351 01.040 Gemeinderat
 01.032.001 Geschäftsprüfungskommission

5. Geschäftsbericht (Amtsbericht) des Gemeinderates pro 2002 und dazugehöriger Bericht der Geschäftsprüfungskommission, Geschäft 3422/A

Mathilde Oppliger, CVP/SVP-Fraktion, Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission, hält fest, dass mit der Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung nun erstmals ein Geschäftsbericht, und nicht mehr ein Amtsbericht, vorgelegt wird. Die WIKO hat sich intensiv mit dem sehr sachlichen und informativen Bericht auseinandergesetzt. Der gelungene Bericht kann durchaus als Meilenstein der Verwaltung in Allschwil verstanden werden. Sie gratuliert der gesamten Verwaltung, dem Gemeinderat und dem Projektleiter Markus Rudolf-von-Rohr zum gelungenen Start in die neue Verwaltungsarbeit. Die GPK würde sich wünschen, dass der Gemeinderat den Einwohnerrat schriftlich darüber orientiert, wenn er Studien oder Expertisen in Auftrag gibt. Auch ein Zwischen- und ein Schlussbericht wäre wünschenswert. Im Bereich des baulichen Unterhalts der Schulgebäude wurde festgestellt, dass mit den Sanierungsarbeiten im Grossen und Ganzen zu lange abgewartet wurde. Dies führe dazu, dass gemäss weiterer Planung in den nächsten 15 Jahren alle Schulhäuser saniert werden müssten. Zum Schulhaus Gartenstrasse und der Konzert- und Turnhalle stellt sie fest, dass beide Gebäude z.Zt. nicht unter Denkmalschutz stehen, jedoch nächstes Jahr die kantonale Denkmalpflege in Allschwil ein Inventar aller vor 1970 erbauten Gebäude aufzunehmen. Dann wird sich zeigen, ob dieses Gebäude unter Schutz gestellt werden. Sie hält weiter fest, dass der Abriss von einem oder beider Gebäude nicht geplant ist. Die Sanierung des Schulhauses Gartenstrasse ist für das Jahr 2012 vorgesehen. Im Bereich der Gemeindepolizei konnte die GPK bescheinigen, dass gute Arbeit geleistet wurde. Auch die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei funktioniert gut. Die Gemeindepolizei sollte unentgeltlich an den Schiess- und Weiterbildungskursen des Kanton teilnehmen können. Ein entsprechender Vorstoss des Gemeinderates an den Kanton wurde leider mittlerweile abgelehnt.

Peter Humbel, SP-Fraktion, dankt dem Gemeinderat und allen Beteiligten für den umfangreichen und informativen Geschäftsbericht.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, fragt den Gemeinderat, ob dieser am Schluss noch Stellung zu den Empfehlungen der GPK nehmen will, resp. was der Gemeinderat von den Empfehlungen hält.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, zum Punkt Gemeindepolizei bedauert auch, dass der Kanton keine Leistungen im Bereich Weiterbildung und Schiesskurse übernehmen will. Er geht aber davon aus, dass der Gemeinderat auch weiterhin diesbezüglich den Kanton angehen wird.

Gemeinderätin **Nicole Nüssli** bestätigt, dass bereits wieder ein Schreiben an die Regierungsrätin Pegoraro verfasst wurde. Es handelt sich vor allem um die Anbindung an den Polizeifunk, was auch für die Sicherheit in Allschwil von grosser Bedeutung ist. Es wurde jedoch bereits abschlägig beantwortet. Der Kanton plane ein Projekt zur Zusammenarbeit mit den Gemeinden auf diesem Sektor. Der Gemeinderat wird auch weiterhin diese Entwicklung und die eigenen Interessen verfolgen.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** beantwortet die Frage von Guido Beretta dahin, dass der Gemeinderat der festen Überzeugung ist, dass die Vergabe von Expertisen und Studien eindeutig in den Kompetenzbereich der Exekutive fällt. Gerade im Bereich der wirkungsorientierten Verwaltung ist die Trennung von der operativen Ebene, der Verwaltung, und der strategischen Ebene, dem Einwohnerrat, zu beachten. Die Vergabe einer Studie oder Expertise kann die Folge eines strategischen Auftrags des Einwohnerrates sein, um festzustellen, wie das Ziel erreicht werden kann. Dies liegt eindeutig im operativen Bereich, also der Exekutive. Zweitens werden die Ratsmitglieder mit solchen zusätzlichen Informationen noch mehr beansprucht als ohnehin schon. Bereits heute kann kaum einmal die Traktandenliste vollständig abgehandelt werden. Selbstverständlich kann die GPK später Informationen einholen. Weiter Berichte im Voraus möchte der Gemeinderat aber nicht machen.

://:

Zum Geschäftsbericht 2002 des Gemeinderates, Geschäft 3422 wird einstimmig Eintreten beschlossen.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, stellt klar, dass die GPK mit der Empfehlung zur Abgabe von Informationen über Studien nicht in die Kompetenz des Gemeinderates eingegriffen werden soll. Für die GPK ist dies allenfalls Ausdruck von Transparenz gegenüber allen Ratsmitgliedern. Es ist die Meinung, dass z.Bsp. zweimal im Jahr schriftlich alle Ratsmitglieder über die bereits erfolgte Vergabe von Aufträgen an Dritte informiert werden. Der Anspruch bezieht sich auf Informationen über Auftragsinhalt, Auftragsadressat und Erledigungsdauer. Damit könnten sich eine Reihe von Fragen in der Fragestunde oder Postulate und Interpellationen erübrigen.

Margarete Wagner, SP-Fraktion, unterstützt das Votum von Guido Beretta und weist auf die Wichtigkeit von Transparenz der Verwaltungstätigkeit hin.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, stellt die Frage, ob die Schulhäuser Breite im Jahr 2008 und Breitenacker im Jahr 2006 wie geplant saniert werden.

Gemeinderat **Roman Meury**, antwortet, dass die Sanierungen betragsmässig so eingehalten werden, wie sie im Zusatzprotokoll zum Bericht vermerkt sind. Allerdings kann es, was die Schulhäuser angeht, tatsächlich zu Verschiebungen kommen. Das Schulhaus Breite wird dannzumal wahrscheinlich beim Kanton sein, daher werden die anderen dann vorgezogen. Es wird also eine Veränderung im Rhythmus nicht aber in den Zahlen geben.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** hält fest, dass Transparenz sicher auch im Interesse des Gemeinderates liegt. Dies zeige auch der Geschäftsbericht. Sie macht den Vorschlag, dass die Studien oder Expertisen künftig im Geschäftsbericht aufgezeigt werden.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, findet, dass somit aber ein Auftrag der Anfang des Jahres vergeben wird, erst ca. 1 ½ Jahre später im Geschäftsbericht erscheint.

Margaret Wagner, SP-Fraktion, schlägt vor, die gewünschten Auskünfte innerhalb des Info-Fensters zu geben.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** kann diesem Vorschlag prinzipiell zustimmen.

Der Geschäftsbericht 2002 wird verlesen:

Seite 5: Gemeinderat

Alice Märky, FDP-Fraktion, fragt, ob das Geschäft 2145, Postulat aus dem Jahr 1996 betreffend Revision des Dorfkernreglements, mittlerweile eingereicht wurde.

Gemeinderat **Roman Meury**, gibt bekannt, dass die zweite Vorprüfung erfolgt ist und das Reglement entsprechend überarbeitet wurde. Es wird in den nächsten Wochen der Dorfkernkommission im Gemeinderat vorgestellt.

Seite 9:

Anträge des Gemeinderates auf Abschreibung folgender Geschäfte:

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion stellt den Antrag, dass über die abzuschreibenden Geschäfte als Ganzes abgestimmt wird.

Geschäft 1155

Keine Wortmeldung

Geschäft 1564

Keine Wortmeldung

://:

Die folgenden Geschäfte werden als erledigt abgeschrieben:

1. Geschäft 1155
2. Geschäft 1564

Geschäft 3076

Peter Humbel, SP-Fraktion, stellt den Antrag, dass Geschäft nicht abzuschreiben. Die Übung „Albatros“ habe gezeigt, dass bei der praktischen Bewältigung einige Mängel festgestellt wurden. Im Schlussbericht wird klar festgehalten, dass künftig der Kanton bei Ereignissen in der beübten Grössenordnung die Einsatzleitung und Koordination übernehmen soll. Um den Erfüllungsgrad des Postulates überprüfen zu können, soll der Schlussbericht der Übung „Albatros“ dem Einwohnerrat unterbreitet werden.

Nicole Nüssli, Gemeinderätin, teilt dazu mit, dass der Gemeinderat bereits beschlossen hat, den Schlussbericht dem Einwohnerrat zu unterbreiten. Aus diesem Grunde kann das Postulat trotzdem abgeschrieben werden.

://:

Das Geschäft 3076 wird mit 17:10 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgeschrieben.

Geschäft 3213

Keine Wortmeldung

Geschäft 3266

Keine Wortmeldung

Geschäft 3273

Keine Wortmeldung

Geschäft 3297

Keine Wortmeldung

://:

Die Geschäfte 3213,3266,3273 und 3297 werden einstimmig als erledigt abgeschrieben.

Seite 17: Präsidialdepartement

Keine Wortmeldung

Seite 31: Finanzen/Steuern

Alice Märky, FDP-Fraktion, zu Seite 35: Sie bittet um Erklärung der Tabelle „Spezialfinanzierungen“.

Gemeinderat **Dr. Leo Zehnder** wird die Antwort schriftlich nachreichen.

Seite 39: Tiefbau/Umwelt

Keine Wortmeldung

Seite 55: Hochbau/Raumplanung

Keine Wortmeldung

Seite 67: Einwohnerdienste/Sicherheit

Keine Wortmeldung

Seite 81: Bildung/Erziehung/Kultur

Keine Wortmeldung

Seite 97: Soziale Dienste

Keine Wortmeldung

://:

Der Bericht der GPK zum Geschäftsbericht des Gemeinderates, Geschäft 3422 A, wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Präsident **Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion, stellt den Antrag auf Änderung der Traktandenliste. Die Berichte des Gemeinderates und der WIKO, Geschäft 3439/A, zum Schlussbericht Projekt „Allwo“ sollen von der heutigen Traktandenliste abgesetzt werden. Die 1. Lesung Quartierplanreglement ‚Rankacker 2001‘ soll vorgezogen werden.

://:

Dem Antrag auf Änderung der Traktandenliste wird ohne Gegenstimme zugestimmt.

352 01.032.003 Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen
 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal
 11.100 Raumplanung/Zonenplanung

**6. Berichte des Gemeinderates und der Verkehrs- und
Planungskommission
betreffend Genehmigung der Quartierplanung ‚Rankacker 2001‘,
bestehend**

**aus Quartierplan und Quartierplanreglement, 1. Lesung, Geschäft 3413
/ A**

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, Präsident der Verkehrs- und Planungskommission, erläutert kurz die Vorgehensweise, dass die bereits bestehenden zwei Quartierpläne aus den Jahren 1962 und 1992 in den neuen Quartierplan integriert werden. Die Bebauung wird eine Randbebauung mit Doppelkindergarten. Zu Diskussionen innerhalb der Kommission hat das Verhältnis von 4 ½ -Zimmer zu 3-Zimmerwohnungen geführt. Die Kommission hat den Wunsch geäußert, dass vor allem grössere und attraktivere Wohnungen erstellt werden sollten. Dies ist wichtig für die Attraktivitätssteigerung Allschwils. Die Investoren haben dies wohlwollend zur Kenntnis genommen und wollen dies nach einer Marktstudie umsetzen. Die Parksituation ist gut gelöst. Im Quartierplanreglement werden seitens der Kommission ein paar Änderungen beantragt. Mit der Planung des Doppelkindergarten könnte vom Raumangebot her auch ein Tageskindergarten realisiert werden. Die Studie „Tageskindergarten“ ist aber nicht Bestandteil dieser Vorlage. Dazu wird es eine separate Vorlage geben. Die Kommission beantragt dem Einwohnerrat den Quartierplan mit den vorgeschlagenen Änderungen zu genehmigen.

Arnold Julier, CVP-Fraktion, gibt der Kommission in Bezug auf die Kritik an den Wohnungsgrößen Recht. Es gibt zuviel 3-Zimmerwohnungen, dies haben diverse Studien bereits gezeigt. Man sollte nicht wieder den gleichen Fehler machen. Ein Tageskindergarten oder Doppelkindergarten wird ausdrücklich begrüßt. Der Gemeinderat könnte doch nochmals versuchen, die Bauherren von der Notwendigkeit grösserer und familiengerechterer Wohnungen zu überzeugen. Das Bauvorhaben sollte wenn möglich in einer Phase durchgeführt werden, um die Baulärmemissionen möglichst gering zu halten. Die CVP/SVP-Fraktion ist für Eintreten und wird dem Quartierplan mit den beantragten Änderungen der Kommission zustimmen.

Gemäss **Christoph Morat**, SP-Fraktion, ist seine Fraktion für Eintreten.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, ist ebenfalls namens seiner Fraktion für Eintreten. Bemerkt noch, dass den Investoren allerdings nicht zuviel vorgeschrieben werden sollte.

Die FDP-Fraktion ist ebenfalls für Eintreten, so **Alexandre Philipp**.

://:

Eintreten auf das Geschäft 3413 / A, Quartierplanung „Rankacker 2001“ wird einstimmig beschlossen.

Zum Kommissionsbericht, Absatz 1 bis 3 sind keine Wortmeldungen.

Es wird das Reglement, mit den vorgeschlagenen Änderungen der Kommission, Absatz 4, verlesen:

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, verweist für die vorgeschlagenen Änderungen auf den Kommissionsbericht. Weiter schlägt er dem Gemeinderat vor, als Datum für das Quartierplan-Reglement den 02. Mai 2002 einzusetzen. Dies war das Datum der Verabschiedung des Reglements zwischen der Verwaltung und den Investoren.

Die Kommission beantragt dem Einwohnerrat im Quartierplanreglement folgende Änderungen zu beschliessen. Anträge in Kursivschrift und unterstrichen.

1. Erlass:

Die Einwohnergemeinde Allschwil erlässt, gestützt auf §§ 2- 6 und ff. des kantonalen Raumplanungs- und Baugesetzes

5.3 Gestaltung der Bauten

5.3.2 Gestaltung der Bauten und bauliche Einpassung

4 Abgrabungen an Gebäuden: Auf eine sorgfältige Gestaltung ist zu achten wird ersatzlos gestrichen

6. Aussenraum

6.1 Nutzung und Gestaltung:

7 Aussenraum Kindergarten

Im Kommentar/Hinweis wird folgende Ergänzung angebracht: Bei der Gestaltung des Kindergartenareales ist zu achten, dass keine giftigen und stacheligen Pflanzen verwendet werden.

8. Ver- und Entsorgung

4 Abfallbeseitigung

Für die Abfallbeseitigung gilt das Abfallreglement der Gemeinde Allschwil. Mit dem Baugesuchsverfahren der Quartierplanüberbauung ist dem Gemeinderat das Abfallkonzept zur Genehmigung vorzulegen.

10. Realisierung

3 Quartierplanvertrag: wird nach Art 12 Schlussbestimmung Abs.5 verschoben.

4 Etappierung: Aus marktwirtschaftlichen Gründen kann die Oberbauung ausnahmsweise in zwei Bauetappen erfolgen. Wird ersatzlos gestrichen.

12. Schlussbestimmungen

Quartierplanvertrag

Neu Abs.5

Vor der Quartierplangenehmigung durch den Regierungsrat muss dieser Vertrag allseitig unterzeichnet sein. Die öffentliche Verurkundung (inkl. Grundbucheintrag) durch die Bezirksschreiberei erfolgt nach Inkrafttreten der Quartierplanung.

Inkrafttreten

Abs. 5 wird neu Abs. 6 Im Kommentar/Hinweis wird folgende Ergänzung angebracht: Die Quartierpläne Nr 1 von 1964 und Nr 2 von 1992 sind mit der Inkraftsetzung des Quartierplanes „Rankacker 2001“ aufgehoben.

Keine Fragen oder Ergänzungen zu den Anträgen der Kommission.

://:

Einstimmig wird den beantragten Änderungen des Quartierplanreglements zugestimmt.

Keine weiteren Wortmeldungen zum Quartierplanreglement.

Der Vorsitzende **Jean-Jacques Winter** schliesst die Sitzung.